

Streit um mehr integrativen Schulunterricht

Düsseldorf. Die Landtagsfraktionen haben sich nicht auf ein Konzept zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Schülern einigen können. Die Gespräche zwischen CDU, SPD, Grünen und FDP seien

auf einem guten Weg gewesen, aber schließlich am Widerstand der Liberalen gescheitert, sagte die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Sigrid Beer. Die CDU-Abgeordnete Marie-Theres Kastner versicherte: „Es liegt nicht an uns.“ Hintergrund der Gespräche ist die UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen. Darin wird ein gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schü-

lern gefordert. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) hatte sich dafür ausgesprochen, dass Eltern selbst entscheiden sollen, ob ihr Kind eine Förderschule besucht oder eine allgemeine Schule.

Ziel der UN-Konvention ist es, behinderten Kindern in der Regel den Besuch des allgemeinen Unterrichts zu ermöglichen. Sonderschulen soll es nur noch vereinzelt geben. (dpa/an)

dpa-Gespräch)

Grüne: Rüttgers soll FDP zur Ordnung rufen

Düsseldorf (dpa/lnw) - Im Streit um eine gemeinsame Position aller Landtagsfraktionen zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht-behinderten Schülern haben die Grünen ein Machtwort von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) gefordert. «Rüttgers muss Ordnung in sein Koalitionshaus bringen», verlangte die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Sylvia Löhrmann, am Samstag in einem Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur dpa. «Es ist beschämend, wie FDP-Abgeordnete das ganze Parlament in Geiselnhaft nehmen», fügte sie hinzu.

In dem Streit geht es um die Umsetzung der UN-Konvention zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen. Darin wird ein gemeinsames Lernen von behinderten und nicht-behinderten Schülern gefordert. Schulministerin Barbara Sommer (CDU) hatte sich dafür ausgesprochen, dass Eltern von behinderten Kindern künftig selbst entscheiden sollen, ob ihr Kind eine Förderschule besucht oder eine allgemeine Schule. Grüne und SPD fordern von der Landesregierung, unverzüglich mit der Umsetzung dieses Vorhabens zu beginnen.

Löhrmann sagte, nach langen Gesprächen zwischen den Fraktionen gebe es mittlerweile einen Antrag, der auch die Zustimmung der CDU finde. «Die FDP verweigert sich aber», kritisierte die Grünen-Politikerin. Die Liberalen wollten an der Zwangszuweisung von behinderten Kindern an Förderschulen festhalten. Ein solch massiver Eingriff in das Elternrecht sei nicht haltbar.

Wenn die FDP bei ihrer Verweigerungshaltung bleibe, könne der Antrag als sogenannter Gruppenantrag einzelner Abgeordneter ins Parlament kommen, sagte Löhrmann. Dann könnten CDU-Abgeordnete zustimmen, ohne für einen Antrag der Opposition stimmen zu müssen. CDU und FDP hatten im Koalitionsvertrag vereinbart, nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen.

Gespräch: Claus Haffert, dpa

[Landtag]: Platz des Landtags, Düsseldorf
dpa ch yynwd a3 wa

Samstag, 12. Dezember 2009 00:25:00

08.12.2009

Entschließungsantrag

der Fraktionen von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der SPD

zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 09.12.2009

zum Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN "Die Regelschule ist der erste Förderort - Gemeinsamen Unterricht gewährleisten" Drucksache 14/4860 und

zum Antrag der SPD-Fraktion "Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen!" Drucksache 14/8879

UN-Konvention zur Inklusion in der Schule umsetzen

Seit 2009 ist die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch für Deutschland verbindlich. Alle Bundesländer stehen vor der Aufgabe, ihre Schulgesetze entsprechend der neuen gesetzlichen Grundlage weiter zu entwickeln und zu konkretisieren.

Die UN-Konvention fordert - auch wenn dies in der deutschen Übersetzung nicht berücksichtigt wurde - ein „inclusive education system“. Ein solches inklusives Bildungssystem unterscheidet sich von einem integrativen System. Die integrative Pädagogik strebt die Eingliederung der aussortierten Schülerinnen und Schüler an. Eine inklusive Pädagogik hingegen sortiert erst gar nicht aus. Inklusion bedeutet, dass Strukturen und Didaktik von vornherein auf die Unterschiedlichkeit der Schülerinnen und Schüler und individuelles Fördern und Fordern ausgerichtet sind. Notwendig ist deshalb eine Neuorientierung in der sonderpädagogischen Förderung, die die gegenwärtige integrative Phase als Übergangsphase zu einem vollständig inklusiven Bildungssystem des gemeinsamen Lernens bis zum Ende der Pflichtschulzeit betrachtet.

Menschen mit Behinderungen haben einen Anspruch auf volle Teilhabe an der Gesellschaft. Voraussetzung und Element dieser Teilhabe ist ihre volle Integration in das allgemeine Schulwesen.

Datum des Originals: 08.12.2009/Ausgegeben: 08.12.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Seit Jahrzehnten setzen sich Eltern von Kindern mit Behinderungen nachdrücklich dafür ein, dass deren Zugehörigkeit zur Gesellschaft anerkannt und ihnen die volle Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schule ermöglicht wird. Wir wollen, dass der unwürdige Bettelgang der Eltern um einen Integrationsplatz ein Ende hat. Kinder brauchen den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Inklusion.

Ein gemeinsamer Unterricht wirkt sich deutlich positiv auf die Leistungs- und Intelligenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus und fördert die sozialen Kompetenzen aller Schülerinnen und Schüler.

Es ist deshalb notwendig, die sonderpädagogische Förderung in der Schule im Sinne der Inklusion so umzugestalten, dass alle Schülerinnen und Schüler in den allgemeinen Schulen optimal gefördert werden können. Dabei muss sichergestellt werden, dass bei der sonderpädagogischen Förderung von Schülerinnen und Schülern kein Qualitätsverlust eintritt. Die Ressourcen und die Kompetenzen der Fachkräfte der Förderschulen müssen erhalten und weiterentwickelt und schrittweise in die allgemeinen Schulen überführt werden.

Erforderlich ist dazu auch eine Fortbildungsoffensive in der Lehrerfortbildung: Alle Lehrkräfte sollen Kinder und Jugendliche mit sehr unterschiedlichen Lernvoraussetzungen unterstützen können, aber weiterhin braucht es spezialisierte Förderlehrkräfte, die mit ihren besonderen Kenntnissen die Lernprozesse von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen begleiten und andere Lehrkräfte hierin anleiten.

Alle allgemeinen Schulen sollen dazu befähigt werden, sich zu öffnen und mit der Verschiedenheit aller Schülerinnen und Schüler konstruktiv umzugehen. Die Verwirklichung des Rechtsanspruches der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen muss mit einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen einhergehen.

Nur in einer Schule für Alle kann die Inklusion vollkommen verwirklicht werden. Bei der Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems darf es nicht zu weiteren Verzögerungen kommen. Der Umbau zu einem inklusiven Schulsystem soll schrittweise erfolgen und bereits zum Schuljahr 2010/2011 beginnen.

Die von der Landesregierung ins Leben gerufenen Kompetenzzentren werden entsprechend diesem Inklusionsplan in die Entwicklung einbezogen. Kompetenzzentren werden zu Orten der Lehrerfortbildung und Beratung. Eine Vernetzung mit den Inklusions-Fachverbänden und Elterninitiativen soll zudem eine fachgerechte Elternberatung gewährleisten. Die allgemeine Schule ist der Regelförderort. Da sich das Schulsystem auf das Inklusionsziel hin entwickeln muss, werden Eltern noch weiterhin für ihr Kind eine Förderschule wählen können.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- unter intensiver Einbeziehung aller Beteiligten (Kommunale Spitzenverbände, Ersatzschulträger, Landschaftsverbände, Sozialversicherungs- und Sozialhilfeträger, Kirchen, Eltern, Lehrerverbände, weitere gesellschaftlicher Kräfte) und mit wissenschaftlicher Begleitung eine Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung zur Umsetzung der UN-Konvention im schulischen Bereich vorzunehmen;
- das Transformationskonzept zur Weiterentwicklung der sonderpädagogischen Förderung in NRW rechtzeitig zum Beginn im Schuljahr 2010/2011 vorzulegen, mit dem Ziel, den sonderpädagogischen Förderbedarf in den Regelschulen zu gewährleisten;

- die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen massiven Ausbau des Gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen zu schaffen und eine entsprechende Fortbildungsinitiative aufzulegen;
- Schulen und Schulträger aktiv bei der Einrichtung des Gemeinsamen Unterrichts und von integrativen Lerngruppen zu beraten und zu unterstützen;
- eine Initiative zur Beförderung der Akzeptanz des Gemeinsamen Unterrichts an allen Schulformen und in der Öffentlichkeit aufzulegen.

Sylvia Löhrmann
Johannes Remmel
Sigrid Beer

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Ute Schäfer
Renate Hendricks

und Fraktion

und Fraktion